



**Christine Lambrecht**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Bildunterschrift

### Ortstermin am Bahnhof Mörlenbach



*Berlin/Viernheim, März 2010* - Einen gemeinsamen Ortstermin mit dem zuständige Berichterstatter des Bundestags-Petitionsausschusses, Klaus Hagemann (SPD), organisierte die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Bergsträßer Bundestagsabgeordnete, Christine Lambrecht, am Bahnhof in Mörlenbach. Grund ist eine Petition eines Wald-Michelbacher Bürgers gegen die Entwidmung des Bahngeländes in Mörlenbach durch das Eisenbahnbundesamt. An dem Termin nahm unter anderen auch die SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Katrin Hechler, teil. Die Kreis-SPD setzt sich



**Christine Lambrecht**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: [christine.lambrecht@bundestag.de](mailto:christine.lambrecht@bundestag.de)

Internet: [www.christine-lambrecht.de](http://www.christine-lambrecht.de)

## Bildunterschrift

**schon länger für Konzepte zur Nutzung der Bahnstrecke zwischen Mörlenbach und Wald-Michelbach ein.**

Der Bahnhof Mörlenbach ist Teil der ehemaligen Bahnstrecke der sogenannten „Überwaldbahn“ von Mörlenbach nach Wald-Michelbach. Obwohl die Strecke stillgelegt ist, ist sie bisher noch als Eisenbahnstrecke für den Personenverkehr gewidmet. Eine Entwidmung würde die letzte Chance verbauen, Wald-Michelbach jemals wieder an ein modernes Personennahverkehrssystem anzuschließen. Dagegen wehrt sich der Petent aus Wald-Michelbach.

Klaus Hagemann erkundigte sich ausführlich über den Vorgang und die Infrastruktur vor Ort und kündigte an, beim Ministerium sowie beim Eisenbahnbundesamt eine Stellungnahme anzufordern und Lambrecht zeitnah darüber zu informieren.